

Wehrpflicht für Frauen? Österreich diskutiert über Gleichstellung im Militär!

Der Artikel beleuchtet die Diskussion um die Einführung der Wehrpflicht für Frauen in Österreich, angeführt von Erich Cibulka.



Österreich - In Österreich wird zunehmend über die Einführung einer Wehrpflicht für Frauen diskutiert. Diese Debatte erhält neuen Schwung, nachdem Dänemark kürzlich diesen Schritt vollzogen hat. Der Präsident der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Erich Cibulka, unterstützt die Idee der Wehrpflicht für Frauen und verweist darauf, dass die Gleichstellung an Bedeutung gewinne. Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) hatte sich jedoch zuvor gegen diese Idee ausgesprochen und auf die mangelnde Gleichstellung verwiesen. Aktuell haben Frauen in Österreich die Möglichkeit, einen freiwilligen Grundwehrdienst zu leisten, was den Verwundern und Anforderungen an die Gesellschaft nur teilweise gerecht wird, wie [exxpress.at](https://www.express.at) berichtet.

Cibulka fordert zudem die Wiedereinführung einer Übungspflicht für alle Soldaten, um die militärische Einsatzbereitschaft zu steigern. Laut seinen Vorschlägen könnte der Grundwehrdienst in Zukunft auf acht Monate Grundausbildung und vier Monate Übungen aufgeteilt werden. In diesem Zusammenhang möchte er die Zahl der Grundwehrdiener nach militärischem Bedarf regulieren. Außerdem müssten Wehrdienstverweigerer Zivildienst leisten. Eine Expertenkommission des Bundesheers überprüft zurzeit, ob die Dauer des Grundwehrdienstes von sechs Monaten verlängert werden soll.

Frauen in der militärischen Debatte

Diese Diskussion über die Wehrpflicht für Frauen ist Teil eines größeren gesellschaftlichen Diskurses über Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit, der nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland an Bedeutung gewinnt. Dort argumentiert der Unionsfraktionsvize Johann Wadepuhl für eine Gleichbehandlung aller Geschlechter im Wehrdienst. Er fordert, keine Unterscheidungen zwischen Frauen und Männern zu treffen, was umso relevanter erscheint, da die Durchschnittswerte zur Elternzeit und unbezahlten Arbeitsstunden zwischen den Geschlechtern nach wie vor signifikante Unterschiede aufweisen. Frauen leisten durchschnittlich neun Stunden unbezahlte Arbeit mehr als Männer pro Woche, was jährlich etwa 20 Tagen entspricht, so [taz.de](https://www.taz.de).

Die Problematik ist komplex; trotz rechtlicher Gleichheit im Grundgesetz bestehen weiterhin Unterschiede. Beispiele sind der Gender Pay Gap von 18% und das Ehegattensplitting, das als ungerecht betrachtet wird. Patricia Hecht fordert eine Wehrpflicht für alle Geschlechter als Mittel zur Vermeidung von Diskriminierung. Auch Doris Akrap hebt hervor, dass die Diskussion um Gleichberechtigung nicht an militärischen Fragen haltmachen sollte.

Die gesellschaftlichen Implikationen

Angesichts der Tatsache, dass im Jahr 2023 331 Menschen, überwiegend Frauen, durch Partnerschaftsgewalt starben, wird deutlich, wie wichtig es ist, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu überarbeiten. Es wird ein Ausgleich der bestehenden Missverhältnisse durch den Staat gefordert. Dies betrifft nicht nur die Wehrpflicht, sondern auch den Zugang zu den im Grundgesetz gewährten Rechten für Frauen, die nach wie vor unzureichend verwirklicht sind.

Die Diskussion über die Wehrpflicht für Frauen ist somit nicht nur eine militärische Angelegenheit, sondern schlägt weitreichende Wellen in die gesellschaftliche Gleichstellung und den Zugang zu Rechten hinein. Der Ausgang dieser Debatte könnte entscheidend für die zukünftige Ausrichtung der Gleichstellungspolitik in Österreich und darüber hinaus sein.

Details	
Ort	Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• exxpress.at• vorarlberg.orf.at• taz.de

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)